

# Sand im Getriebe

Der Newsletter „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort.

<https://www.sand-im-getriebe.org/>

E-Mail: [sand-im-getriebe@posteo.de](mailto:sand-im-getriebe@posteo.de)

## Palästina / Israel

### Artikel in den **SiG-Newslettern 141-151**

#### **Attac Frankreich**

**Es ist dringend notwendig, sich gegen Kolonisierung und Apartheid zu engagieren!**

(gesamter Text und Fußnoten in [SiG 151](#))

Donnerstag, 4. Mai 2023 – [...] In Israel ist jetzt die am weitesten rechts stehende Regierung in der Geschichte des Landes an der Macht; ihr gehören rassistische und religiös-nationalistische Extremisten mit völkermörderischen Absichten an. Einer von ihnen, der Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, hat die Befugnis erhalten, eine Nationalgarde unter seinem Befehl zu bilden, mit anderen Worten eine Miliz. In der Tat, der **koloniale und diskriminierende Charakter des israelischen Staates** wird ständig de facto oder de jure bestätigt - auf gesetzlicher Ebene mit der Verabschiedung des Nationalstaatsgesetzes von 2018.

Seit Anfang 2023 wurden 98 Palästinenser und 14 Israelis (darunter 13 Siedler im Westjordanland in den besetzten palästinensischen Gebieten) getötet. Die Kolonisierung raubt den Palästinensern im **Westjordanland** immer mehr Land. Zwar wurde in Jerusalem dem Widerstand gegen die Kolonisierung des Viertels Sheikh Jarrah ein willkommener Aufschub gewährt, aber die Annexionen in Ostjerusalem und vielen anderen Gebieten des Westjordanlandes gehen dennoch weiter.

Der **Gazastreifen** wird seit 2007 ununterbrochen von Israel und Ägypten abgeriegelt. Die zwei Millionen Einwohner leben in einem **Freiluftgefängnis** und leiden unter fehlendem Zugang zu allen Grundnahrungsmitteln, zu Wasser, Strom, Heizöl, Medikamenten, medizinischer Versorgung usw.

Hunderte Palästinenser sind Opfer **willkürlicher Festnahme und politischer Haft** (sog. „Verwaltungshaft“) durch die israelische Armee. [...]

Von damals bis heute, vom Massaker in Deir Yassin 1948 und der Zerstörung von 350 palästinensischen Dörfern bis zum Huwara-Programm und der Vertreibung der Gemeinden von Masafer Yatta in diesem Jahr, ist das Fortdauern der Kolonialherrschaft das entscheidende Hindernis auf dem Weg zu einem gerechten und dauerhaften Frieden.

In den letzten Jahren haben **israelische und internationale Menschenrechtsorganisationen**, darunter Amnesty International und Human Rights Watch, sowie UN-Experten festgestellt, was die Palästinenser seit langem sagen: Israels Politik geht über die militärische Besatzung hinaus und stellt ein Verbrechen gegen die Menschheit in Form von Apartheid dar, wie sie im Völkerrecht definiert ist.

Trotz wiederholter Appelle zum Handeln, trotz 75 Jahre Zwangsumsiedlung und Enteignung des palästinensischen Volkes und

trotz der Gewalt durch den zunehmenden Bau von Siedlungen, verhält sich Frankreich weiterhin bestenfalls passiv und schlimmstenfalls als Komplize. [...] Weder unterstützt Frankreich die Anerkennung eines palästinensischen Staates noch erkennt es die Lage als das an, was sie ist: eine Apartheid-Situation. [...] Frankreich exportiert weiterhin Waffen nach Israel und erlaubt blühende Geschäfte, wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit israelischen Unternehmen. Bei entscheidenden Abstimmungen in der UNO enthält sich Frankreich, wenn es darum geht, Israel für seine wiederholten Verstöße gegen das Völkerrecht zur Verantwortung zu ziehen. Frankreich empfängt auf seinem Boden immer noch ungeniert Führer des israelischen Regimes, die für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit verantwortlich sind. [...]

Heute haben mehrere französische Konzerne wie Carrefour kommerzielle Interessen in den israelischen Siedlungen, oder finanzieren den Siedlungsbau, darunter BNP oder AXA. Die französischen Behörden nehmen ihre Aufgabe, die Verhaltensregeln für Unternehmen durchzusetzen, nicht wahr. Paris umgeht das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der Frankreich verurteilt hat, weil es Aufrufe zum Boykott israelischer Produkte auf dem französischen Markt unter Strafe gestellt hatte.

[...] **Eine andere Politik ist möglich.**

Der Stadtrat von Barcelona kündigte im Februar an, die Beziehungen zu Israel und seinen Institutionen abubrechen, „bis die israelischen Behörden das System der Menschenrechtsverletzungen an den Palästinensern beenden“. Einen gleichen Beschluss fällte der Stadtrat von Lüttich im April. Unternehmen und Pensionsfonds in Norwegen haben ihre Investitionen aus israelischen Unternehmen abgezogen; das irische Parlament und die luxemburgische Regierung haben festgestellt, dass das Westjordanland de-facto annektiert wurde.

Wir unterstützen daher den Aufruf an soziale Bewegungen und Gewerkschaften, die Unterstützung für Palästina fortzusetzen oder wieder aufzunehmen, das Thema in ihre Kämpfe einzubeziehen und Solidarität für Gerechtigkeit und gegen alle Formen der Unterdrückung zu üben. Attac und viele andere Organisationen haben bereits den Aufruf zu Boykott, De-Investitionen und Sanktionen (BDS) unterzeichnet. Es ist möglich, die BDS-Kampagne aktiv auszugestalten, indem man zum Beispiel Gewerkschaften – von außen oder von innen – auffordert, in betreffenden Unternehmen Investitionen zurückzufahren und sich aus Israel zurückzuziehen, solange die Apartheid fortbesteht. Wir können auch „apartheidfreie Zonen“ bei uns einrichten, mit dem Ziel, dass auch die Behörden Verantwortung übernehmen, indem sie zunächst einmal Waffenexporte einstellen und anerkennen, dass es eine Apartheid-Situation gibt.

Auch in **SiG 151:**

- **Deutsch-Palästinensische Gesellschaft:** Entrechtung und anhaltende Vertreibung der Palästinenser:innen
- **Sonia Combe: Darf man in Deutschland Israel kritisieren?** Die extreme Rechte kidnappt den Kampf gegen den Antisemitismus

## **SiG 150**

**Nachruf auf Clemens Messerschmid:**

„Von ihm konnten wir lernen, dass in Ramallah mehr Regen fällt als in Berlin und dass der Wasser-„Mangel“ in Wirklichkeit ein „Wasser-Mythos“ ist. Wir begriffen, warum der Jordan-Fluss in der besetzten palästinensischen Westbank austrocknet, wenn die Wüste auf israelischem Staatsgebiet „zum Blühen“ gebracht wird. Er lieferte uns erweiterte Kenntnisse und Analysen zur Kolonisierung durch Wasser, was bis dato wenig erforscht war; er lehrte uns, wie die Militärbesatzung durch ihren Raub von Wasser das tägliche Leben der Besetzten bestimmte.“

## SiG 148

### Norman Paech:

#### **Bericht der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese zur „Situation der Menschenrechte in den palästinensischen besetzten Gebieten seit 1967“**

„[...] Schon zu Beginn macht sie deutlich, dass der in jüngerer Zeit in den Vordergrund gerückte Begriff der Apartheid zwar den systematischen Charakter der israelischen Verbrechen hervorheben kann, aber dennoch einige Begrenzungen hat. So beziehe er nicht die Erfahrungen der palästinensischen Flüchtlinge mit ein und berücksichtige nicht die dem System von Anfang an innewohnende Rechtswidrigkeit der Besatzung. Vor allem aber benenne er nicht die Grundursachen des Netzes rassendiskriminatorischer Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen, die das tägliche Leben in den besetzten Gebieten seit 1967 strangulieren mit der eindeutigen Absicht, sich das Land anzueignen, die Bevölkerung zu vertreiben und durch die eigenen Siedler zu ersetzen. „Das ist das Markenzeichen des Siedlerkolonialismus und ein Kriegsverbrechen nach dem Römischen Statut.“ (II A 10c, S. 15) [...]

Die Berichterstatterin brauchte nur auf die wöchentlichen Veröffentlichungen des United Nation Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UNOCHA – Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheit) zu schauen, um all die Vorwürfe und Anklagen bestätigt zu finden, die sie aus ihren Gesprächen und Interviews erfahren hat. So sind derzeit fast 4.500 Palästinenserinnen und Palästinenser in israelischen Gefängnissen, 730 ohne Anklage und meistens auf Grund geheimer Anschuldigungen – die berüchtigte Administrativhaft. Zwischen 500 bis 700 Kinder unter zwölf Jahren werden jährlich willkürlich verhaftet. Hinzu kommen gezielte außegerichtliche Tötungen, Entzug der Wohnereignis und Deportationen, Angriffe auf Häuser, Wohnungen und Gebäude.

[...] Alle Staaten werden aufgefordert, die Verletzungen des palästinensischen Rechts auf Selbstbestimmung durch Israel zu verurteilen, das sofortige Ende der rechtswidrigen Besatzung, die Rückgabe des geraubten Landes und aller Ressourcen zu fordern und in der UN-Generalversammlung einen Plan zu entwickeln, „um die siedler-koloniale Besatzung und das Apartheid-Regime zu beenden“ (VI, S. 21). [...]

#### **Norman Paech: Bericht der „Internationalen Untersuchungskommission der besetzten palästinensischen Gebiete einschließlich Ost-Jerusalem und Israel“**

„Die Kommission hat vor allem die Siedlungspolitik untersucht, die von Anfang an das zentrale Ziel der Besatzung war. Doch unabhängig von der Rechtmäßigkeit einer Besatzung ist die Besiedlung des besetzten Gebietes mit der eigenen Bevölkerung unzulässig und rechtswidrig, Art. 49 4. Genfer Konvention. [...]

Ein zentrales Thema der Untersuchung sind die Enteignung und Ausbeutung von Land und Ressourcen, die immer weiter vorangetrieben werden [...] – über 200.000 ha seit 1967. [...] In den Industriezonen werden mit finanziellen Mitteln auch ausländische Firmen angeworben, um dort zu produzieren. [...] Diese Maßnahmen sind nicht nur nach den Haager und Genfer Regeln völkerrechtswidrig, sondern nach Art. 8 2b Römisches Statut als Kriegsverbrechen auch strafbar. Ein großer Teil des Berichts ist den Auswirkungen der Zwangsmaßnahmen, Gewalt, Vertreibungen und Demütigungen gewidmet, die von der Besatzungs- und Annexionspolitik ausgehen. [...]

Der UN-Generalversammlung war es wichtig, trotz des zwar eindeutigen aber erfolglosen Gutachtens des IGH zum Bau der Mauer, noch einmal ein klares Zeichen gegen die Besatzungspolitik zu setzen. Von 17 den Gegenstimmen kamen sieben aus Europa, neben Deutschland noch Österreich, Estland, Italien, Litauen, Tschechien und Ungarn.“

## SiG 146

### **Pax Christi:**

#### **Geplante Vertreibung stoppen!**

„[...] 80 Prozent der von Israel zu militärischen Übungsgeländen deklarierten völkerrechtswidrig besetzten palästinensischen Gebiete werden, so die Initiative israelischer Soldat:innen „Breaking the Silence“, gar nicht für Militärübungen genutzt. Vielmehr werden sie israelischen Siedler:innen zur Errichtung von Außenposten und späteren Siedlungen zur Verfügung gestellt. Die israelische Tageszeitung Haaretz zeigte bereits 2014 in einer Studie auf, dass die militärischen Sperrzonen eng mit den Gebieten übereinstimmen, die für den Siedlungsausbau vorgesehen sind. [...]“

**Michel LEGRAND,  
Präsident des ECCP**

#### **Der neue Angriff Israels auf Gaza: Zeit für die EU zu handeln**

„12. August 2022

Sehr geehrter HRVP Josep Borrell,  
Während ich Ihnen schreibe, herrscht nach dem neuen israelischen Militärangriff auf den Gazastreifen ein brüchiger Waffenstillstand. Dies ist bereits der fünfte massive und unverhältnismäßige Angriff auf eine belagerte Bevölkerung von 2 Millionen Menschen innerhalb von 15 Jahren.

[...] Diesmal schloss Israel die Gaza-Grenze für sechs Tage vollständig, was zu einem totalen Stillstand des einzigen Kraftwerks führte: Kein Strom, keine ausreichende Versorgung mit Trinkwasser, Krankenhäuser sind von der Schließung bedroht, da die medizinischen Vorräte und die Energieversorgung erschöpft sind, so dass sie nicht mehr funktionieren. [...] Es ist eine Art, ihre Gesellschaft zu vernichten. Dieses Mal gibt es für Europa keine Entschuldigung, untätig zu bleiben. Die internationale Gemeinschaft, einschließlich der EU, trägt die Verantwortung für den Schutz der Zivilbevölkerung, da

Israel als Besatzungsmacht dies nicht nur nicht tut, sondern auch einen Angriffskrieg gegen sie führt.

[...] Die EU sollte Sanktionen verhängen (Militärembargo und Aussetzung des Assoziierungsabkommens) und Israel auffordern, seine Aggressionen gegen den Gazastreifen sofort einzustellen. Als der größte Handelspartner Israels hat die EU starke diplomatische Instrumente, mit denen sie Druck auf Israel ausüben kann. [...]“

## SiG 141

### **Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus**

„[...] Sie reagiert auf die „IHRA-Definition“, die 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) angenommen wurde. Da die IHRA-Definition in wichtigen Punkten unklar und für unterschiedlichste Interpretationen offen ist, hat sie Irritationen ausgelöst und zu Kontroversen geführt, die den Kampf gegen Antisemitismus geschwächt haben. [...]“

Wir verfolgen ein doppeltes Ziel:

- (1) den Kampf gegen Antisemitismus zu stärken, indem wir definieren, was Antisemitismus ist und wie er sich manifestiert, und
- (2) Räume für eine offene Debatte über die umstrittene Frage der Zukunft Israels/Palästinas zu wahren. [...]“

### **Amnesty International Palästina 2021**

„10.5. 2021 - Die brutale Unterdrückung der Proteste von Palästinensern gegen Zwangsvertreibungen im besetzten Ostjerusalem muss ein Ende finden

[...] Amnesty International fordert die israelischen Behörden auf, die Zwangsräumungen im Ostjerusalem Stadtteil Sheikh Jarrah unverzüglich einzustellen und der fortlaufenden Zwangsvertreibung von palästinensischen Einwohnern aus Ostjerusalem ein Ende zu setzen. (...)“